

diepresse.com .

[zurück](#) | [drucken](#)

16.08.2003 - Zeichen der Zeit

Das große Spiel

Welche Interessen, welche politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen bewirken den aktuellen Abbau des solidarischen Gemeinwesens? Über den neoliberalen Staat im Zeitalter des Finanzkapitals.

Von Stephan Schulmeister

Welche Faktoren, welche Interessen und welche politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen bewirken den aktuellen Abbau des solidarischen Gemeinwesens? Warum und wie wurde der Staat als solidarisches Gemeinwesen geschwächt?

In "linker" Tradition, aber auch in der katholischen Soziallehre, hat man immer zwei Interessen unterschieden: Kapital und Arbeit. Aus einer Reihe von Gründen, die gleich klar werden, operiere ich mit drei unterschiedlichen Interessen, nämlich den Interessen des Faktors Arbeit, den Interessen des Realkapitals und den Interessen des Finanzkapitals.

Die ökonomischen Hauptinteressen des Faktors Arbeit sind Vollbeschäftigung und kräftige Lohnsteigerungen, jedenfalls im Ausmaß der Arbeitsproduktivität. Was das Realkapital anlangt, so besteht sein Hauptinteresse in der Vermehrung des in Unternehmen angelegten Vermögens, also in der Erzielung von Profit durch realwirtschaftliche Aktivitäten, insbesondere Investition, Produktion und Handel. Eine Voraussetzung dafür sind stabile Finanzmärkte und niedrige Finanzierungskosten. Eine hohe Rendite auf das Realkapital impliziert nämlich niedrige Zinsen, da Unternehmer in aller Regel Schuldner sind (ein Teil der Investitionen wird durch Fremdbeziehungsweise Finanzkapital finanziert). Unternehmer sind aber auch an stabilen Wechselkursen interessiert, weil der internationale Handel dadurch erleichtert wird. Dies gilt auch für die Stabilität von Rohstoffpreisen. Kurzum, aus ökonomischer Sicht besteht ein Interesse der Unternehmer ("Realkapitalisten") an regulierten Finanzmärkten. Das Interesse der Finanzkapitalvermehrung ist dem Realkapitalinteresse natürlich konträr: So lukrieren etwa die Besitzer von Finanzvermögen jenen Zinsaufwand, den die Unternehmer leisten müssen, "Rentiers" sind deshalb an einem hohen Zinsniveau interessiert. Ähnliches gilt auch für ihr Interesse an instabilen Finanzmärkten, da nur bei starken Schwankungen von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen eine profitable Spekulation möglich ist.

Das ökonomische Interesse an staatlichen Aktivitäten konzentriert sich beim Faktor Arbeit sehr stark auf die Gewährleistung sozialer Sicherheit, das Interesse der Unternehmerschaft bezieht sich auf Verbesserung der Infrastruktur durch öffentliche Investition, auf Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte durch ein effizientes Bildungswesen und natürlich auf Wirtschaftsförderung. Das Interesse des Finanzkapitals an einem wirtschafts- und sozialpolitisch aktiven Staat ist nicht vorhanden, weil dieser die Vermehrungsmöglichkeiten des Finanzkapitals einschränkt, insbesondere durch regulierte Finanzmärkte.

Das politische Interesse an staatlichen Aktivitäten bezieht sich beim Faktor Arbeit auf die Gewährleistung des Wohlfahrtsstaates. Die Unternehmerschaft ist in ihrer Haltung zu einem aktiven Staat gespalten, sie möchte einerseits einen schwachen Sozialstaat, damit langfristig die Arbeitnehmer nicht zu "aufmüpfig" werden, ist aber sehr wohl an einem ökonomisch aktiven Staat interessiert, der die Infrastruktur ordentlich verbessert; während für den Rentier ein schwacher Staat von Interesse ist. - Dem realkapitalistischen Regime in Europa lag das (etwas idealisierte) Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu Grunde, das versucht, die Gegensätze zu integrieren, wohingegen im Finanzkapitalismus die Gesellschaft nur als eine Summe von Individuen begriffen wird - ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Zitat von Margaret Thatcher: "There is no such thing as society."

Auf das jeweils zu Grunde liegende Menschenbild bezogen, könnte man sagen, dass in der Sozialen Marktwirtschaft versucht wurde, den Menschen sowohl als individuelles als auch als soziales Wesen (als Teil von Gemeinschaften und Gesellschaften) zu sehen, während der Mensch im Finanzkapitalismus - ideologisch legitimiert durch den Neoliberalismus - nur als Individuum gesehen wird.

Das realkapitalistische Spiel ist ein Positivsummenspiel. Das heißt, wenn man das Spiel spielt, wird der "Kuchen" immer größer. Wenn allerdings der "Kuchen" stark und stetig wächst, dann wird erstaunlich schnell Vollbeschäftigung erreicht (es wird gern vergessen, dass wir in Österreich schon 1960 Vollbeschäftigung

hatten) - und anhaltende Vollbeschäftigung verändert die Machtverhältnisse. Zunächst ist das Spiel freilich "wirtschaftswunderbar": Das Wachstum ist enorm, es wird Vollbeschäftigung erreicht, man kann den Sozialstaat massiv ausbauen, und die Staatsverschuldung geht zurück. Immer mehr Sozialstaat, immer weniger Staatsverschuldung - das ist die Welt der Sechzigerjahre gewesen.

Allerdings: Der größte Erfolg des "realkapitalistischen Spiels" - anhaltende Vollbeschäftigung - bewirkt eine Verschiebung der politischen Macht zu Lasten der Unternehmerschaft, und die führt notwendigerweise dazu, dass die Unternehmerschaft das Bündnis mit den Arbeitnehmern aufkündigt. Das war so um 1970 der Fall, in einer Zeit, in der die Unternehmerschaft in die Defensive geriet: Unter der - angenehmen - Bedingung anhaltender Vollbeschäftigung hatten die Gewerkschaften in den Sechzigerjahren immer neue Forderungen gestellt; in den Fünfzigerjahren waren Mitbestimmung oder Verteilungskämpfe noch kein Thema. Nicht zuletzt durch Streiks gelang es den Gewerkschaften, viele ihrer Forderungen durchzusetzen (zwischen 1965 und 1968 stieg die Zahl der Streiktage in Ländern wie Frankreich, Italien oder Großbritannien auf das annähernd Dreifache), insbesondere kam es zu einer ausgeprägten Umverteilung von den Unternehmensgewinnen zu den Löhnen. Dann kamen die Ereignisse des 1968er-Jahrs, viele Intellektuelle solidarisierten sich mit der Kritik der Studentenbewegung am Kapitalismus. Wenig später formierte sich die Umweltschutzbewegung, welche den "Vergeudungskapitalismus" aus ökologischer Sicht angriff.

Um 1970 war die Unternehmerschaft aus all diesen Gründen tatsächlich in die Defensive gedrängt und hatte allen guten Grund zu sagen: Wenn das die Folgen der Sozialen Marktwirtschaft sind, dann spielen wir nicht mehr mit! Sie wandte sich nicht zuletzt deshalb wieder jener alten Ideologie zu, wonach nur die Marktkonkurrenz das wirtschaftlich Beste ermögliche und deshalb der Sozialstaat das "Grundübel" sei.

Die finanzkapitalistischen Spiele sind überwiegend Nullsummenspiele: Wenn ich etwa ein Devisenhändler bin und glaube, der Euro wird in den nächsten zwei Stunden aufwerten, kaufe ich Euro und verkaufe Dollars. Wenn er wirklich aufwertet, habe ich gewonnen, aber ich habe genauso viel gewonnen, wie der andere verloren hat, dem ich die Dollars verkaufte. Diese Spiele dämpfen das Wirtschaftswachstum besonders deshalb, weil sie die für die "Verknüpfung" von Finanz- und Realwirtschaft wichtigsten Preise destabilisieren, die Zinssätze, die Wechselkurse und die Rohstoffpreise.

Dann gibt es noch ein wunderbares Spiel, bei dem alle reicher werden und niemand ärmer wird: den Aktienmarkt. Dieses Spiel ist natürlich sehr populär, hat aber endlichen Charakter, wie wir nunmehr wissen: Je länger der Aktienboom dauert, um so mehr nähert sich das, was an Dividende ausgeschüttet wird, bezogen auf den Wert der Aktien, dem Wert Null. Dann reitet man natürlich einen Tiger - denn wenn man will, dass die Leute Aktien halten, müssen die Kurse weiter steigen.

Es ist klar, dass in einem realkapitalistischen Regime der Staat mehr Funktionen hat als in einem finanzkapitalistischen Regime - sowohl im Interesse der Unternehmerschaft als auch im Interesse der Arbeitnehmerschaft. Zusätzlich aber wird die Frage der Aufgabenverteilung zwischen Staat oder Markt durch eine jahrhundertelange Entwicklung mitgeprägt. Andeuten möchte ich das durch den Vergleich der US-Gesellschaft mit den europäischen Gesellschaften.

So haben nun einmal korporatistische Formen von den Zünften des Mittelalters angefangen über die Gemeinden bis hin zu jeglicher Art von Verbänden in Europa eine viel längere und stärker prägende Tradition als in den Vereinigten Staaten, die ein Einwanderungsland sind. Ein Einwanderungsland ist immer ein Land individueller Abenteurer, damit korrespondieren Wertvorstellungen wie "Jeder ist seines Glückes Schmied", die in einer solchen Gesellschaft wichtiger sind als in den europäischen Gesellschaften. Jenseits der im Zeitablauf wechselnden Regime Realkapitalismus und Finanzkapitalismus gibt es deshalb auch die von sehr langfristigen Entwicklungen geprägten unterschiedlichen gesellschaftlichen Modelle, wobei in einem System, in dem das Motto "Jeder ist seines Glückes Schmied" gilt, der Staat weniger aktiv ist im Bereich des Bildungswesens, der Altersvorsorge, des Gesundheitswesens oder der Arbeitslosenversicherung als in einem stärker korporatistischen Modell.

Auf der einen Seite also haben wir Realkapitalismus und Finanzkapitalismus, auf der anderen Seite - vereinfacht ausgedrückt - haben wir das europäische Wohlfahrtsstaat-Modell und das amerikanische "Laissez-faire"-Modell. Daraus ergeben sich jetzt vier Kombinationen beziehungsweise Realisationen. - Die Kombination "Wohlfahrtsstaat und Realkapitalismus" kennzeichnet die europäische Entwicklung bis etwa 1973: Vollbeschäftigung, hohes Wirtschaftswachstum, Ausbau des Sozialstaats, sinkende Staatsverschuldung waren typisch für diese Zeit. Diese Kombination hat ein relativ hohes Maß innerer Konsistenz, weil die relativ starke Stellung des Staates sowohl dem Bündnispartner Unternehmerschaft in Form von hohen Infrastrukturinvestitionen, verbessertem Bildungswesen und so weiter zugute kommt wie natürlich auch dem Bündnispartner Arbeitnehmer.

Die realkapitalistische Phase, kombiniert mit dem "Laissez-faire"-Modell, finden wir in der US-amerikanischen Entwicklung der ersten Hälfte der Nachkriegszeit: In dieser Phase war der Staat auch in den USA wirtschafts- und sozialpolitisch aktiver als etwa in den Siebziger- und Achtzigerjahren.

Das größte Problem unter finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen hat ein Regime, das strukturell oder

sehr langfristig vom Wohlfahrtsstaat geprägt ist, wie die meisten europäischen Gesellschaften. Hier entsteht ein innerer Widerspruch: Die finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen halbieren das Wirtschaftswachstum, verlagern das Gewinnstreben wieder von realwirtschaftlicher zu finanzwirtschaftlicher Aktivität - während das System Wohlfahrtsstaat ein ausgeprägtes Wirtschaftswachstum benötigt, um seine Finanzierbarkeit nicht zu gefährden, nicht zuletzt deshalb, weil das Problem Arbeitslosigkeit einen Wohlfahrtsstaat teuer zu stehen kommt.

Dieses Problem der inneren Inkonsistenz hat in den Vereinigten Staaten keine so große Bedeutung, weil ein Regime, bei dem der Wohlfahrtsstaat nicht so ausgebaut ist, durch die finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen auch nicht so stark gefährdet ist. - Jetzt versuche ich im "Tiefflug" das, was von mir an Komponenten angeboten worden ist, im Zeitablauf noch stärker zu verzahnen. Wir starten den Tiefflug in den Zwanzigerjahren, einer finanzkapitalistischen Spätphase, kombiniert mit einer außerordentlichen Performance der Aktienmärkte, insbesondere zwischen 1925 und 1929, und mit der wirtschaftswissenschaftlich prägenden Theorie des Neoliberalismus. Es kommt zum berühmten Börsenkrach 1929 - nicht zuletzt durch den Einfluss der neoliberalen Ideologie führt die Sparpolitik in eine Spirale nach unten und damit in die Depression der Dreißigerjahre. Der deutsche Reichskanzler Brüning hat damals in einer zunächst als Rezession beginnenden Krise unbedingt ein Nulldefizit zu Stande bringen wollen, gleichzeitig sollte die Arbeitslosigkeit nach neoliberaler Rezept durch Lohnsenkungen bewältigt werden. Beides - Sparmaßnahmen und Lohnsenkungen - hat einen dramatischen Rückgang der Kaufkraft ausgelöst. Die Umsätze der Unternehmer gingen zurück.

Diese Abwärtsspirale in den wichtigen Industrieländern hat in die Weltwirtschaftskrise mit all ihren katastrophalen politischen Folgen geführt. Politisch war diese Phase durch das stillschweigende Bündnis der Vermögenden gekennzeichnet: Realkapital und Finanzkapital gegen die Interessen der Arbeitnehmer. Klassenkämpfe waren daher eine wesentliche Begleiterscheinung der späten Zwanziger- und besonders der Dreißigerjahre.

Die Aufarbeitung dieser katastrophalen Krise, einschließlich der Folgen des Zweiten Weltkriegs, ist dann relativ radikal erfolgt: auf der Ebene der Wirtschaftswissenschaften insbesondere durch den Ökonomen Keynes, der dem Staat eine wichtige Koordinationsfunktion zugewiesen hat. Seine zweite Erkenntnis ist weniger deutlich gesehen worden, nämlich die Krisenanfälligkeit der Finanzmärkte und die Notwendigkeit ihrer Regulierung. Das wurde ohne große theoretische Fundierung in Form fester Wechselkurse in die Praxis umgesetzt, aber auch in Form einer Notenbankpolitik, die über zwei Jahrzehnte hindurch den Zinssatz unter der Wachstumsrate hielt, sowie in Form stabiler Rohstoffpreise und in Form kooperativer Strategien in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen (etwa Marshall-Plan).

Dass dahinter natürlich auch der Kalte Krieg gestanden ist, die Herausforderung des westlich-kapitalistischen Modells durch den "realen Sozialismus", dass der Kapitalismus ein "menschliches Gesicht" in Gestalt der Sozialen Marktwirtschaft gebraucht hat - all das hat auch eine Rolle gespielt. Kurzum, was sich entwickelt hat, war ein implizites Bündnis von Realkapital und Arbeit gegen die Interessen des Finanzkapitals, das zugegebenermaßen auch schwach gewesen ist, weil es ja zum größten Teil vernichtet worden war.

Unter den realkapitalistischen Bedingungen realisierte sich dann das Wirtschaftswunder: Unerwartet früh wurde Vollbeschäftigung erreicht, es kam in den Sechzigerjahren zu der schon skizzierten Machtverlagerung zu Gunsten der Gewerkschaften, auf politischer Ebene zu einer Offensiv-ve der Sozialdemokratie und, wenn man so will, zu einer "Verstörung" der Unternehmerschaft.

Ich habe Anfang der Siebzigerjahre in Italien studiert - ich erzähle das Beispiel immer wieder -, und ich erinnere mich sehr deutlich, dass der mächtigste Industrielle Italiens, Gianni Agnelli, im Grunde seine Dispositionsmacht weitgehend verloren hatte, das heißt, er hat nicht mehr Leute kündigen können, und da hört sich der "Spaß" natürlich auf. Wenn das die Folgen sind, dann muss etwas geschehen - und es ist auch was geschehen.

Denn als Deus ex Machina hat Milton Friedman gemeinsam mit anderen neoliberalen Ökonomen in einem ausgeklügelten Konzept zu "beweisen" versucht, warum der Sozialstaat letztlich die Wurzel wenn schon nicht allen Übels, so doch großen Übels ist, kurz: warum nur der Marktmechanismus bestimmen soll, was, wie und für wen produziert wird.

Wirksam wurde diese Maxime in erster Linie in der schrittweisen Liberalisierung der Finanzmärkte. Es wird nämlich häufig vergessen, dass freie Wechselkurse und eine generelle Deregulierung der Finanzmärkte Hauptforderungen der Neoliberalen gewesen sind und diese dann seit Anfang der Siebzigerjahre umgesetzt wurden. - Die wichtigsten Etappen in diesem Prozess waren: die Aufgabe fester Wechselkurse 1971/1973, die enormen Schwankungen des Dollars, die dadurch mitverursachte Destabilisierung der Rohstoffpreise, insbesondere für Erdöl, die Rezessionen 1974/1975 und 1980/1982 im Gefolge der beiden "Ölpreisschocks" und schließlich die Ende der Siebzigerjahre einsetzende Hochzinspolitik der wichtigsten Notenbanken; sie bewirkte, dass der Zinssatz seither permanent über der Wachstumsrate liegt.

Die Achtzigerjahre sind durch immer häufigere Finanzinnovationen gekennzeichnet - Spekulieren ist dadurch einfacher geworden und hat immer mehr auch den "normalen" Bürger erfasst. Insbesondere die großen Unternehmen haben ihre Aktivitäten von den Gütermärkten auf die Finanzmärkte verlagert und dementsprechend ihre Investitionsquoten drastisch gesenkt. Die Realkapitalbildung ist im Vergleich zu Finanzveranlagung und -spekulation zurückgegangen, unter diesen Rahmenbedingungen musste das Wirtschaftswachstum sinken und die Arbeitslosigkeit steigen - und damit auch die Staatsverschuldung.

Um 1990 stellten die europäischen Politiker fest, dass es so nicht weitergehen kann, dass die Staatsschulden immer mehr steigen, dass die Budgetdefizite dauernd hoch sind - und sie übernahmen zu einem Zeitpunkt die neoliberal-monetaristische Regelbindung der Politik, als diese in den Vereinigten Staaten gerade wieder aufgegeben wurde. In den Neunzigerjahren wurde nämlich in den USA eine pragmatisch-keynesianische Fiskal- und Geldpolitik verfolgt. Genau in dieser Phase wurde umgekehrt in der EU das Grundanliegen der Neoliberalen umgesetzt, dass sich nämlich das "System Politik" in wirtschaftlicher Hinsicht selbst zu binden habe, dass man Regeln aufstellen und es den Politikern so aus der Hand nehmen muss, diskretionär, also durch gezielte Maßnahmen, die ökonomischen Prozesse zu beeinflussen.

Zwei Arten von Selbstbindung der Politik hat es in der Europäischen Union seither gegeben: Die Maastricht-Kriterien, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt fortgeschrieben sind, binden die Fiskalpolitik; und das Statut der Europäischen Zentralbank bindet in einem erheblichen Ausmaß die Geldpolitik.

Der größte Erfolg der "neoliberalen Offensive" seit Anfang der Siebzigerjahre bestand darin, dass sie durch die Hintertür der Entfesselung der Finanzmärkte über 20 Jahre die Systembedingungen so geändert hat, dass ein starker Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung unvermeidlich war. Eine "Symptomdiagnose" dieser Probleme nach dem neoliberalen Rezept, "Wo ein Problem in Erscheinung tritt, dort liegen auch seine Hauptursachen", muss einen (weiteren) Abbau des Sozialstaats nach sich ziehen.

Diese "Symptomkuren" - insbesondere die Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung, im Gesundheitswesen, in der sozialen Pensionsversicherung und im Bildungswesen - werden die wirtschaftliche und soziale Lage in der Europäischen Union weiter verschlechtern und die politischen Spannungen erhöhen. Erst am Ende der Sackgasse wird erkannt werden, dass die neoliberalen Therapie die eigentliche Krankheit war. [*]

© Die Presse | Wien